

VIII. Keine Zukunft ohne zukunftsfähige Haushalts- und Wirtschaftspolitik

Die Handlungsfähigkeit des Landes zurückgewinnen

Seit 25 Jahren ist die neoliberale Politik die herrschende wirtschaftspolitische Lehrmeinung, sie bestimmte und bestimmt immer noch die Politik aller Bundes- und Landesregierungen. Das Konzept der neoliberalen Ideologie ist einfach, aber falsch. Es lautet:

Die Politik muss dafür sorgen, dass die Unternehmen und Kapitalbesitzer große Gewinne machen und steuerlich entlastet werden. Dann können sie viel investieren, so steigt die Beschäftigung, somit die Nachfrage, dadurch geht es allen besser, und mit den dadurch steigenden Steuereinnahmen werden die Haushalte saniert.

Die Realität sieht anders aus:

Der erste Schritt wurde lehrbuchmäßig verwirklicht. Die Gewinne sind in den letzten 25 Jahren real um über 120 % gestiegen, gleichzeitig hat sich ihr Anteil am Steueraufkommen halbiert. Die Löhne dagegen sind in den letzten acht Jahren real um 0,9 % gesunken, trotzdem ist ihr Anteil am Steueraufkommen sogar gestiegen.

Zwischen den Staaten setzte ein richtiges Wettrennen um die niedrigsten Unternehmens- und Kapitalsteuern ein, und es findet eine gewaltige Umverteilung von unten nach oben statt. Die sinkenden Reallöhne, die geforderte private Altersvorsorge und die aufgrund der geringeren Einnahmen zunehmende Handlungsunfähigkeit des Staates, die mit Personalabbau und einer Halbierung der öffentlichen Investitionen kompensiert wurde, führten zu einer Inlandsrezession. Die Unternehmen wollen die Steuergeschenke nicht mehr im Inland investieren, da die Nachfrage und damit die entsprechende hohe Renditeaussicht fehlt. Im Jahr 2004 waren die Investitionen der Kapitalgesellschaften erstmals niedriger als ihre Eigenfinanzierungsmittel. Die Banken finden für ihre Kundeneinlagen im Inland zu wenig profitable Anlagemöglichkeiten, sie haben daher in den letzten vier Jahren seit der Steuerreform 376 Mrd. € mehr an Krediten ins Ausland vergeben, als vom Ausland hereinkamen. Dieses Geld fehlt als Inlandsnachfrage, die Wirtschaft stagniert, die Arbeitslosigkeit und die Staatsverschuldung steigen.

Da die Landesregierung nicht bereit ist, z.B. über eine Vermögenssteuer die Einnahmen des Landes zu steigern, versucht sie Probleme auf Beschäftigte und die Schwächsten abzuladen. Sie spart bei den Landesbediensteten, kürzt Sozialleistungen des Landes und bei den Zuschüssen zu sozialen Diensten, kürzt bei den Investitionen und beim kommunalen Finanzausgleich. Zusätzlich versucht sie mit Privatisierungen, Verschiebung von Ausgaben in die Budgets von „Stiftungen“, Grundstücksverkäufen und der Anwendung von Finanztricks Haushaltslöcher notdürftig zu stopfen, damit die Neuverschuldung das Niveau der Investitionen nicht übersteigt - andernfalls wäre der Haushalt verfassungswidrig. Diese Politik ist in höchstem Maße verantwortungslos. (siehe Kasten – Artikel der Stuttgarter Zeitung vom 29.9.04). Zur „Sanierung“ ihrer Haushalte wirken Bund und Länder beim Kaputtsparen der Wirtschaft aktiv mit, die Situation wird deshalb immer prekärer. Das ist die direkte Folge der verfehlten neoliberalen Politik, wir befinden uns in einem Teufelskreis.

Zeitungsausschnitt

Jetzt die Zukunft gestalten und sichern, anstatt die Wirtschaft kaputtsparen

In der gegenwärtigen Situation, in der die Unternehmen wegen mangelnder Nachfrage die Überliquidität nicht für Investitionen nutzen, tragen Steuersenkungen und Haushaltskürzungen nicht zu einer Lösung der Probleme bei, im Gegenteil, dadurch werden die Probleme noch verstärkt.

Um aus dem Teufelskreis herauszutreten, muss das als Kredite ins Ausland strömende Kapital in Inlandsnachfrage umgewandelt werden. Dazu sind drei Maßnahmen erforderlich:

- Die staatlichen Organe müssen ihre Handlungsfähigkeit wieder zurückgewinnen. Sie müssen mit den erforderlichen Steuereinnahmen ausgestattet werden, damit sie wieder ihre Aufgaben erfüllen und die erforderlichen Zukunftsinvestitionen tätigen können.
- Die Verteilung des Volkseinkommens muss so verändert werden, dass sich das Verhältnis von Konsumieren und Sparen so einpendelt, dass das Sparvolumen den geplanten Investitionen entspricht. Konkret bedeutet das eine Anhebung der Realeinkommen im unteren Bereich, damit sich auch die Menschen der unteren Einkommen wieder besser am Konsum beteiligen können.
- Die wirtschafts- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen müssen so verändert werden, dass auch die private und öffentliche Wirtschaft Zukunftsinvestitionen tätigt und so die arbeitslosen Menschen in die Lösung der zukünftigen Probleme einbezogen werden, und so zur Bannung des ökologischen Kollapses beitragen können.

Steuersenkungen und Steuererhöhungen

Die in den nachfolgenden Abschnitten unterbreiteten Vorschläge fallen nur zum Teil in die Kompetenz der Länder. Wir stellen sie dennoch vor, weil auch die Landesregierung z.B. über den Bundesrat darauf Einfluss nehmen kann. Die vielen Finanzierungsprobleme sind auf landespolitischer Ebene alleine nicht zu lösen. Jedoch haben die Landtagsabgeordneten sehr wohl die Möglichkeit, zu übergeordneten Themen ihre Stimme zu erheben. Dies wollen wir in verstärktem Maße tun.

Damit auch Menschen unterer Einkommen sich besser am gesellschaftlichen Wohlstand beteiligen können, müssen für sie die Steuern und Abgaben gesenkt werden. Und damit die staatlichen Organe handlungsfähig werden, müssen die Steuern für Kapitalbesitzer, Unternehmen mit hohen Gewinnen, Vermögende und Besserverdienende erhöht werden. **Steuersenkungen** für die unteren Einkommensgruppen führen ohne Umwege direkt zu mehr Inlandsnachfrage. **Steuererhöhungen** für Kapitalbesitzer, Vermögende, Unternehmen mit hohen Gewinnen und für Besserverdienende machen den Staat wieder handlungsfähig und ermöglichen wieder Investitionen der öffentlichen Hand sowie einen bedarfsgerechten Ausbau der öffentlichen Beschäftigung, vor allem in den Bereichen Bildung und Soziales. Durch die Steuererhöhungen wird ein Teil des ins Ausland abfließenden Kreditkapitals gebunden und in **Inlandsnachfrage** umgewandelt. Durch den höheren Beschäftigungsgrad steigen die Einnahmen der Rentenversicherung, der Arbeitslosenversicherung und der Krankenkassen, damit werden die

Sozialausgaben des Staates gesenkt, die Wertschöpfung gesteigert und die künftigen geburtenschwachen Jahrgänge werden entlastet.

Das Gesamtvolumen des Landeshaushaltes beträgt 2005 30,94 Milliarden €, davon sind 22,09 Milliarden € Steuereinnahmen. Die von uns vorgeschlagene Wiedererhebung der Vermögenssteuer in Höhe von 1 % des Vermögens bedeuten für das Land eine Erhöhung der Steuereinnahmen um über 10 % oder 2,5 Milliarden €.

Die Vermögenssteuer geht zu 100 % an die Länder. Es ist daher völlig unverständlich, warum die im Landtag vertretenen Parteien CDU, FDP, SPD und Grüne keine Initiative dafür ergriffen haben, um die Vermögenssteuer erheben zu können. Die WASG wird sowohl im Landtag als auch im Bundestag über die Fraktion der Linken die Initiative ergreifen, um diese wichtige Einnahmequelle zu erschließen.

Das eine Prozent Vermögenssteuer wäre für Herr Würth etwa 45 Millionen € (Vermögen 4,5 Milliarden €), ähnlich wäre es bei Herrn Plattner (SAP), Herr Schwarz (Lidl) müsste von seinem Vermögen von etwa 2 Milliarden € 20 Millionen € Vermögenssteuer bezahlen. Keiner dieser Herren würde verarmen, keiner würde deshalb fluchtartig das

Konkret wollen wir:

- Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer
- Die Einführung der solidarischen Einfachsteuer (SES), wie sie von ATTAC, ver.di, IGM und der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik entworfen wurde, mit einem Steuerfreibetrag von 12 000 €, einem Eingangssteuersatz von 15 % und einer linearen Progression bis zu einem Spitzensteuersatz von 50 %, der bei Alleinstehenden bei 60 000 € zu versteuerndem Jahreseinkommen erreicht wird. Mit dieser Reform werden Einkommen bis zu einem Jahreseinkommen von 80 000 € (160 000 € bei Verheirateten) entlastet und nur Einkommen über diesem Betrag werden höher belastet
- Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die allein für Baden-Württemberg zusätzliche Steuereinnahmen von etwa 2,5 Mrd. € erbringen würde
- Eine progressive Körperschaftssteuer von 15-35 %, damit werden Kapitalgesellschaften mit geringem Gewinn entlastet, und diejenigen mit hohem Gewinn müssen höhere Steuern bezahlen
- Die Gewerbesteuer in eine Gemeindefiskussteuer umwandeln, in die alle Gewerbetreibende und Selbstständige einbezogen werden
- Die Schließung der Steuerschlupflöcher. Es ist ein Skandal, dass viele Unternehmen trotz hoher Gewinne keine Steuern bezahlen
- Die Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung, dazu müssen die Betriebsprüfungen verstärkt und nicht reduziert werden
- Die Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer
- Eine Erhöhung der Erbschafts- und Schenkungssteuer für hohen Kapitalbesitz, unabhängig vom Wohnort
- Die Harmonisierung der Unternehmens- und Kapitalsteuern in der EU, damit das ruinöse Wettrennen um die niedrigsten Steuersätze beendet wird. Zusätzlich fordern wir die europaweite Einführung einer Devisenumsatzsteuer (Tobinsteuer) und die Schließung der Steueroasen
- Wiedereinführung der Besteuerung bei Veräußerungsgewinnen; diese eklatante Fehlentscheidung der rot/grünen Bundesregierung hat den An- und Verkauf deutscher Mittelstandsbetriebe für Hedge- und andere Fondsgesellschaften so interessant gemacht

- Unterbindung der Methoden des Turbokapitalismus, weil sie die Wirtschaft und die Gesellschaft destabilisieren. Es ist nicht tolerierbar, dass gewinnträchtige Firmen wie die Deutsche Bank, die Telekom, Allianz und DaimlerChrysler trotz Rekordgewinnen massiv Personalabbau betreiben.

Zusätzlich fordern wir die Auflösung der Landesstiftung. Es ist nicht akzeptabel, dass der Erlös aus dem Verkauf der Beteiligung des Landes an der ENBW am Parlament vorbei nach Gutsherrenart verteilt wird.

Natürlich kommen nicht alle oben genannten zusätzlichen Steuereinnahmen dem Land und den Kommunen zugute. Die seit 25 Jahren angehäuften Probleme bedürfen einer abgestimmten Politik im Bund und in den Ländern, damit Deutschland endlich aus dem Teufelskreis des Kaputtsparens herauskommt.

Die neue Handlungsfähigkeit nutzen – die lokale Wirtschaft stärken

Die zusätzlichen Steuereinnahmen für das Land werden wir zunächst für die dringendsten **Verbesserungen im Bildungswesen** nutzen, um das zu verwirklichen, was im Abschnitt „Klasse Schule statt Klassenschule“ beschrieben ist.

Der zweite Schwerpunkt ist die **bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen**. Viele Städte und Gemeinden sind nicht mehr in der Lage, ihre Einrichtungen zu erhalten. Es kann ja wohl nicht wahr sein, dass wir in 20 bis 25 Jahren, wenn die meisten Menschen der geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand gehen, den geburtenschwachen Jahrgängen die kommunalen und staatlichen Einrichtungen in schlechtem Zustand hinterlassen und dazu noch einen Berg von öffentlichen Schulden, die zurzeit zu 40 % aus Auslandsschulden bestehen. Die bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen über eine Aufstockung der Landesmittel an die Kommunen kommt in erster Linie den örtlichen Handwerksbetrieben zugute. Dies ist die effektivste Mittelstandsförderung, sie senkt die Arbeitslosigkeit und stärkt die lokale Kaufkraft und Inlandsnachfrage.

Im Gegensatz dazu sind wir gegen die Subventionierung von unnötigen Megaprojekten wie die Fildermesse oder das Bahnprojekt Stuttgart 21, sowie von zu vielen und zu großen Gewerbegebieten und Großsportanlagen wie z.B. dem Hockenheim-Ring.

Der dritte Schwerpunkt ist mehr **Investitionen in Entwicklung und Forschung**, vor allem zur Lösung der ökologischen Probleme. Wir müssen jetzt, so lange die geburtenstarken Jahrgänge noch im Erwerbsleben stehen und die Schaffenskraft von Millionen von Menschen ungenutzt bleibt, die dringendsten ökologischen Probleme lösen, um so die Arbeitslosigkeit abzubauen, den ökologischen Kollaps zu vermeiden und so die zukünftigen Generationen zu entlasten.

Des Weiteren wollen wir mit der neu erreichten Handlungsfähigkeit die dringend erforderlichen **sozialen Dienste** und die **jungen Familien und Alleinerziehenden** wieder unterstützen, und wir wollen die öffentliche Beschäftigung dem Bedarf entsprechend wieder ausweiten. Neben den beschriebenen Arbeitsplätzen für die Bildungseinrichtungen trifft das vor allem für die sozialen Dienste des Landes zu sowie für die Justiz und den Forst.

Zukunftsfähige Wirtschaft

Die Arbeitslosigkeit, die Staatsverschuldung, der demographische Wandel, die Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherung und der drohende ökologische Kollaps stellen die Politik und im Besonderen die Wirtschaftspolitik vor eine große Herausforderung. Diese Probleme sind seit 25 Jahren bekannt, keines ist wirklich gelöst, im Gegenteil, sie wurden durch die von allen etablierten Parteien betriebene neoliberale Politik verschärft. In der Bevölkerung greift die Befürchtung um sich, dass diese Probleme überhaupt nicht zu lösen seien. Wir wollen einen Ausweg aus dieser scheinbaren Hoffnungslosigkeit aufzeigen, eine Vision zur Lösung dieser fünf dominanten Probleme.

Das, was der Staat selbst leisten kann und leisten muss, haben wir im vorangehenden Abschnitt beschrieben. Diese Maßnahmen müssen von der privaten Wirtschaft ergänzt werden.

Angesichts von Millionen von Arbeitslosen hat es volkswirtschaftlich keinen Sinn, dass die Betriebe in erster Linie in die Rationalisierung der Arbeit investieren, wenn damit keine Arbeitszeitverkürzung einhergeht, und die dadurch freigesetzten Arbeitskräfte nicht für andere Aufgaben gebraucht werden. Die Arbeitslosen werden von der Wertschöpfung ausgeschlossen und haben kaum eine Möglichkeit zur eigenständigen Lebensgestaltung.

Aufgrund der unübersehbaren ökologischen Probleme ist es von größter Dringlichkeit, dass die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen so verändert werden, dass auch die Wirtschaft in Zukunft mehr in die Rationalisierung des Rohstoffverbrauchs investiert. Damit leistet die Wirtschaft einen Beitrag zur Lösung des ökologischen Problems und wirkt einer Verteuerung der Rohstoffkosten entgegen. Da eine Verteuerung der Rohstoffe die unteren Einkommensschichten härter trifft als die Reichen, wenn diese Verteuerung nicht durch Entlastungen kompensiert werden kann, hat die Rationalisierung des Rohstoffverbrauchs auch aus sozialen Gesichtspunkten Priorität.

Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es mehrere Möglichkeiten; diese sind:

- Ordnungspolitische Maßnahmen, also Vorschriften z.B. über den Höchstverbrauch von Kraftfahrzeugen (Vorbild Kalifornien), eine Änderung der KFZ-Steuer, indem man die Einstufung über den Hubraum durch eine Einstufung über den Schadstoffausstoß und den Verbrauch ersetzt, sowie weitergehende Vorschriften zur Gebäude-Isolierung.
- Gesetzliche Bestimmungen zur Förderung zukunfts-trächtiger Energien wie z.B. mit dem EEG (Erneuerbaren-Energien-Gesetz)
- Verstärkte Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene und Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs
- Verstärkte staatliche Investitionen in die Forschung und Entwicklung neuer Technologien, damit auch kleinere Unternehmen in die Lage versetzt werden, an den zukunfts-trächtigen Technologien teilzunehmen
- Unterstützung der Betriebe bei den Investitionen zur Rationalisierung des Rohstoffverbrauchs
- Förderung der Unternehmensberatungen, die die Unternehmen bei der Rationalisierung des Materialverbrauchs beraten.
- Umschichtung der betrieblichen Sozialabgaben von den lohnbezogenen Abgaben zu einer Wertschöpfungsabgabe oder einer Mischform von diesen beiden Abgabearten. Mit dieser Maßnahme werden die Bruttolohnkosten für die Betriebe gesenkt und dadurch der Druck zur Arbeitsrationalisierung gemindert. In jedem Fall wollen wir

eine volle paritätische Beteiligung der Betriebe an den Sozialabgaben erhalten bzw. wieder erreichen

- Eine Besteuerung der Rohstoffe und dafür eine Reduzierung der Steuern und Abgaben auf die Lohneinkünfte, oder einer Verwendung dieser Einnahmen als Grundeinkommen

Um der Steigerung der Marktpreise für Rohstoffe entgegenzuwirken und um die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen zu sichern, werden alle diese Maßnahmen zum Einsatz kommen müssen. Dabei werden wir auf soziale Verträglichkeit achten.

Unsere grundsätzliche wirtschaftspolitische Zielsetzung lautet:

Heute, mit den vielen Menschen der geburtenstarken Jahrgänge, müssen die Probleme der Zukunft gelöst werden, damit morgen die geburtenschwachen Jahrgänge nicht überfordert werden. Damit dies eintritt, müssen wir heute mehr als bisher für die Zukunft investieren, vor allem in die Rationalisierung des Rohstoffverbrauchs. Dadurch erhalten wir unsere Lebensgrundlagen und die unserer Kinder, **machen also unsere Wirtschaftsweise zukunftsfähig**. So schaffen wir jetzt die dringend erforderlichen Arbeitsplätze und reduzieren damit die Staatsverschuldung, weil mit dieser Politik die Ausgaben für die Arbeitslosen reduziert und die Einnahmen durch die wirtschaftliche Belebung erhöht werden.

Mit dieser Politik wird ein wirtschaftliches Wachstum induziert, und dieses Wachstum wird zur Reduzierung des Ressourcenverbrauchs genutzt.

So lösen wir die Probleme von heute, indem wir jetzt die Probleme von morgen lösen.

Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe

Der Lkw-Verkehr auf den Straßen wird immer unerträglicher. „Just-in-time-Strategien“ machen unsere Straßen zum rollenden Materiallager und die extreme Spezialisierung führt dazu, dass z.B. der Joghurt kreuz und quer durch Europa gekarrt wird, bevor er auf unsere Esstische kommt. Dies ist nicht länger hinnehmbar. Wir wollen daher, dass die regionalen Wirtschaftskreisläufe gestärkt werden.

Die wichtigsten Veränderungen müssen durch eine grundsätzliche Neuausrichtung der WTO-Handelspolitik erfolgen. Geregelter Austausch statt grenzenlose Ausbeutung muss das Ziel sein.

Aber auch die Politik der EU und der Bundesregierung muss die Regionalisierung des Handels stärken, anstatt sie zu behindern. Wir lehnen daher die geplanten Veränderungen durch die „Bolkestein-Richtlinie“ entschieden ab, ebenso ist die europaweite Ausschreibungspflicht unsinnig, sie führt nur zu einer Verstärkung der Verkehrsströme an Menschen und Material in Europa. Ein Wohlstandsgewinn ist damit nicht zu erzielen.

Aber auch das Land kann die Regionalisierung stärken. Neben den Vorschlägen, die wir im Abschnitt Ökologie, Verbraucherschutz und Landwirtschaft unterbreiten, wollen wir die Initiativen zur weiteren Regionalisierung der Wirtschaft durch die vielfachen Initiativen zur Einführung von Regionalgeld und Tauschringen und anderen Formen der Selbsthilfe und Selbstorganisation unterstützen.

